

DAS PZ-INTERVIEW

„Der beste Verteidiger ist die Bürgergesellschaft“

Gespräch über freie und unfreie Presse mit dem Leiter des Pforzheimer DDR-Museums, Moritz Bach – dessen Einrichtung auch DDR-Zeitungen im Fundus hat

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MAREK KLIMANSKI

DEMOKRATIE BRAUCHT VIELE STIMMEN.

Die DDR, jener zweite Unrechtsstaat auf deutschem Boden, kann bis in seinen Untergang hinein als Anschauungsmaterial fürs Unterdrücken von Presse- und Meinungsfreiheit dienen – mit allen nachteiligen Folgen für ein politisches System selbst, aber in erster Linie für dessen Bürger und den Wunsch nach Demokratie. Worin sich freie und unfreie Presse erkennbar unterscheiden und wie heutige Angriffe auf unsere Pressefreiheit einzuordnen sind, hat PZ-Redakteur Marek Klimanski den Leiter des Pforzheimer DDR-Museums, den Historiker Moritz Bach, gefragt.

PZ: Werfen wir einen Blick in die DDR, deren Geschichte sich das von Ihnen geleitete Museum widmet. Was kennzeichnet eine Gesellschaft, in der es keine freie Presse gibt?

Moritz Bach: Die Bevölkerung weiß und spürt meistens, dass es keine freie Presse gibt, und versucht, andere Wege zu finden, um an Informationen zu kommen. Sie weiß, dass in den offiziellen Medien bestimmte Informationen zugetragen oder Sachen weggelassen werden. Also bemüht sie sich, eine andere Perspektive zu bekommen, oder lernt, zwischen den Zeilen zu lesen. So wissen viele trotzdem relativ gut Bescheid, was im In- und Ausland passiert.

„Journalisten verteidigen tagtäglich die freiheitlich-demokratische Grundordnung, indem sie berichten, auch kritisch, und Raum für Debatten geben.“

MORITZ BACH, Leiter des
DDR-Museums Pforzheim

Und was hat die Presse in der DDR von der im Westen unterschieden?

Auf den ersten Blick, wenn man sich die Zeitungen so anguckt, gar nicht so viel. Aber beim genauen Hinschauen stellt man fest, dass man fast wortgleich immer dasselbe erzählt bekommt, zumindest was das Politische angeht. Der Kommentar ist schon in den Artikel eingepflegt. Den Lesern wird mitgegeben, wie bestimmte Sachen zu verstehen sind. In der westlichen Presse gibt es dagegen eine klare Trennung zwischen Information und Kommentar. In der DDR sollte die Presse nicht kontrollieren, war keine vierte Gewalt, sondern sollte den Staat unterstützen. Günter Schabowski hat mal gesagt: Die Frage ist, was nutzt dem Sozialismus, was nutzt der DDR – und das steht dann in der Zeitung.



Im DDR-Museum lagern auch zahlreiche Ausgaben von Tageszeitungen aus der DDR, neben dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ auch regionale Blätter der Blockparteien. Hier zeigt Museumsleiter Moritz Bach (rechts) PZ-Redakteur Marek Klimanski eine Ausgabe des „Sächsischen Tagblatts“.

FOTO: RÖHR



Im Interview spricht Moritz Bach über die Eigenschaften freier und unfreier Presse – mit allen Folgen für eine Gesellschaft.

FOTO: RÖHR

Was sind die größten Gefahren, Risiken, die größten Nachteile einer unfreien Presse?

Die größten Nachteile sind, dass es keine Kontrolle der Politik, kein korrigierendes Element und keine Informationen gibt, anhand derer man sich eine eigene Meinung bilden kann. In der DDR wurde etwa eine Rede aus dem Westen kommentiert, aber gar nicht oder nur so verkürzt wiedergegeben, dass die Leute Mühe hatten, das zu verstehen. Die Bürger haben sich deshalb andere Möglichkeiten gesucht, an Informationen zu kommen. Versorgungsengpässe, Pro-

duktionsschwierigkeiten oder Umweltprobleme wurden nicht thematisiert. Und für Probleme, die nicht öffentlich behandelt werden, sucht man ja dann auch keine Lösung.

Woran erkennen wir, wenn freie Presse oder freier Journalismus beschnitten werden? Woran konnten das die DDR-Bürgerinnen und -Bürger erkennen?

DDR-Bürger haben das natürlich gemerkt. Faktisch war es egal, welche Zeitung Sie gelesen haben: Sie haben immer dasselbe bekommen, mit denselben Worten und

Inhalten. Ein DDR-Journalist hat mal gesagt: „Was meine Meinung ist, erfahre ich um zwei Uhr nachts aus Berlin.“ Erich Honecker hat selbst in die Presselandschaft eingegriffen, Nachrichten kontrolliert und verändert. Heute gibt es dagegen Meinungsvielfalt, kritische Auseinandersetzungen und Kommentare. DDR-Bürger haben auch gerne gesagt, sie hätten die Zeitung von hinten nach vorne gelesen – weil im Regionalteil und im Sport das stand, was wirklich neu und individuell war.

Sehen Sie denn heute Tendenzen, die in eine solche Richtung der Einschränkung von Pressefreiheit gehen?

Ich würde sagen, wir haben mit der Pressefreiheit noch ein sehr hohes Gut, das auch von Gerichten immer wieder bestätigt wird. Trotzdem befinden sich unsere Medien, glaube ich, in einer Krise, weil Leute versuchen, den Journalismus anzugreifen. Sehen wir beispielsweise auf die AfD und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den sie abschaffen will. Das ist ein Kennzeichen vieler Rechtspopulisten, etwa in Frankreich, Ungarn oder Amerika: Es geht darum, freie Presseberichterstattung zu diskreditieren. Dazu gehört die Behauptung, es gebe Leit- oder

Systemmedien und eine herrschende Meinung, von der man nicht abweichen dürfe.

Die DDR-Medien haben ja feste Kampfbegriffe genutzt gegen Andersdenkende, seien es Einzelne, Staaten oder Organisationen. Sehen Sie heute auch eine Verwendung von Kampfbegriffen in der öffentlichen Debatte?
Es gibt Begriffe, die eine ganz klare politische Ausrichtung deutlich machen. „Altparteien“ ist ein klassischer Kampfbegriff. Jemand, der von „Altparteien“ oder „Systemmedien“ spricht, kommt aus einem ganz bestimmten Spektrum. Deswegen könnte ich das Wort Kampfbegriff auf jeden Fall mitgehen.

Vielfach belegt sind diese Begriffe bei AfD und, zahlenmäßig geringer, beim BSW. Wenden sie sich gezielt gegen missliebige Parteien und Medien, die traditionell unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in einem bürgerlich-liberalen Sinn verbunden sind?

Genau. Es gibt, ich nenne es mal in Anführungszeichen, „AfD-Presserepäsentanten“, die diese Kampfbegriffe in ihren Kreisen verbreiten und in die Gesellschaft einflößen. Wenn diese Begriffe fallen, wissen Sie schon, wo derjenige politisch einzuordnen ist. Journalisten verteidigen tagtäglich die freiheitlich-demokratische Grundordnung, indem sie berichten, auch kritisch, und Raum für Debatten geben. Denn Debatte ist Teil demokratischer Grundordnung: dass jeder in der Lage ist, sich seine Meinung zu bilden und sie zu äußern.

Donald Trump beschimpft kritische Medien pauschal als Fake News und auch als Feinde des Volkes. Auch die AfD schließt bestimmte Journalisten von Parteitag aus. Wie nah kommen solche systematischen Abwertungen von Journalisten der Medienlenkung in der DDR?

Es gab keine Zensurbehörde in der DDR, sondern eher eine Lenkung,

„Für Probleme, die nicht öffentlich behandelt werden, sucht man ja dann auch keine Lösung.“

MORITZ BACH, Historiker

etwa durch Lizenzentzüge. Wenn man missliebiger war, musste man damit rechnen, dass die Auflage gekürzt wurde, weil es angeblich kein Papier mehr gab. Und das, würde ich sagen, macht Donald Trump ähnlich, wenn wir uns anschauen, wie oft er Gelder kürzen möchte. In der DDR gab es den Spruch von der „Schere im Kopf“: Weil ich weiß, was mir blüht, bin ich lieber von vornherein vorsichtiger und halte mich zurück.

Gibt es diese Angst vor Kritik, vor einem Shitstorm, vor einer Obrigkeit oder vielleicht auch vor mächtigen Investoren oder Werbekunden auch bei uns in erkennbarem Ausmaß?

Das hängt, denke ich, vom Medium ab. Das muss jeder Journalist,



Moritz Bach

...Geboren im Jahr 1994 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn, machte Moritz Bach sein Abitur 2014 am dortigen Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium. Es folgte ein Studium der Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Während des Studiums absolvierte Bach ein Praktikum beim Stasi-Unterlagen-Archiv in Erfurt und arbeitete als studentische Hilfskraft im Haus der Geschichte in Bonn. 2021 schloss er sein Studium mit dem Master ab. 2021–2023 absolvierte er ein Volontariat im Kreismuseum Herzogtum Lauenburg in Ratzeburg. Seit April 2024 leitet Bach das DDR-Museum in Pforzheim. pm

jede Journalistin für sich beantworten, ob sie sich beim Schreiben zurücknehmen. Eine völlige Neutralität gibt es faktisch nicht, weil jeder eine Persönlichkeit hat, die er nicht ausschalten kann. Das ist auch genau das, was Pressefreiheit ausmacht: Journalist A kommentiert so, Journalist B vielleicht ganz anders. Eine allgemeine Tendenz, dass Journalisten aus Angst vor Shitstorms oder Konsequenzen braver werden, nehme ich nicht wahr – noch nicht. Aber ich kann mir vorstellen, dass Leute nach dem dritten Shitstorm sagen: Ich nehme mich jetzt mal ein bisschen zurück. Gerade auf Social Media wird man schnell von einer bestimmten Bubble angegangen. Und das muss man aushalten.

Nach dem Mauerfall war die Freude über die neue Pressefreiheit groß. Wie können wir denn diese Pressefreiheit heute erhalten und am besten vor Angriffen schützen?

Nach dem Mauerfall gab es in der DDR einen Presseboom mit vielen neu gegründeten Zeitungen, weil viele sagten: Jetzt kann ich an der öffentlichen Debatte mitschreiben. Nach 40 Jahren Diktatur war das ein befreiendes Gefühl. Das

zeigt, welche Bedeutung Journalismus und die Möglichkeit haben, frei seine Meinung zu äußern. Wenn wir in die Welt gucken, sehen wir: Demokratische Strukturen und freie Presse gibt es nur in einer Minderheit der Staaten. Das ist ein hohes Gut, das wir verteidigen müssen. Am besten geschützt wird dieses System von seinem größten Nutznießer, der freien, informierten Bürgergesellschaft – durch Diskussionen, öffentliche Äußerungen und das Zurückweisen von Forderungen, die daran etwas ändern wollen. Und da muss man Journalisten auch mal zur Seite springen, wenn es nicht mehr um Kritik an einer Person geht, sondern am System der freien Presse. Das wollen wir erhalten und verteidigen.